

## **Herausforderungen und Perspektiven für die transatlantischen Beziehungen unter Präsident Donald Trump**

Vortrag Prof. James Bindenagel, US-Botschafter a.D., Henry Kissinger Professor und Leiter des Center for International Security and Governance, Bonn University

“Ein Sieg für den Weltfrieden? Transatlantische Beziehungen unter der neuen US-Präsidentschaft”

14. Februar 2017, Ev. Akademie zu Berlin, Französische Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt, Berlin

Sehr geehrter Herr Hardt,

sehr geehrter Herr Trittmann,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung, heute Abend vor Ihnen bei der Evangelischen Akademie zu Berlin über die transatlantischen Beziehungen unter dem neuen US-Präsidenten Donald Trump zu sprechen. Die Trump-Administration ist erst drei Wochen im Amt, aber manchmal habe ich das Gefühl, es wären bereits drei Jahre. Vielleicht haben auch Sie sich schon gefragt, ob Donald Trump nun für eine Auflösung der liberalen Weltordnung sorgen wird?

Donald Trumps Populismus ist ein Stresstest für die amerikanische Demokratie, deren Bindung an die gemeinsamen Werte der transatlantischen Beziehungen und die liberale Weltordnung im 21. Jahrhundert, die beide über Jahrzehnte Wohlstand und Frieden garantiert haben. Wie ist es nur so weit gekommen, dass er zum Präsidenten gewählt wurde?

Der neue US-Präsident hat dem Ärger über erodierende Mittelklasseinkommen und dem Zorn auf das „Establishment“ in seiner von Wut geprägten populistischen Wahlkampagne Ausdruck verliehen und dafür gesorgt, dass es in den Vereinigten Staaten zu Konflikten über Geschlecht, Rasse und Religion gekommen ist. Letztlich konnte er so die Abstimmung des „Electoral College“ und die Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewinnen.

Trump schürte das Feuer der Angst vor Immigranten und Muslimen und beleidigte Bevölkerungsgruppen – unter anderem das Militär, die Benachteiligten und Frauen. Schamlos nutzte er im Wahlkampf Streitigkeiten in den Parteien aus und sorgte für Unzufriedenheit in der amerikanischen Gesellschaft.

Eine beträchtliche Gruppe von Wählern hat das Gefühl auf der Verliererseite der Globalisierung zu stehen. Globalisierung, Digitalisierung und technologischer Wandel haben die Vorteile des Wohlstands für viele Teile der amerikanischen Gesellschaft mit sich gebracht, für Fortschritte in der Medizin gesorgt und höhere Lebensstandards etabliert. Doch träges wirtschaftliches Wachstum befeuerte Ängste und sorgte vor allem bei weißen Amerikanern der Mittelklasse für einen Identitätsverlust, der durch die anhaltende Einwanderung weiter verstärkt wurde.

Nicht nur die Evangelische Kirche hat in ihrer Geschichte über die Wahrheit gestritten. Im Jubiläumsjahr der Reformation erkennen wir an, dass Kirchenführer seit 500 Jahren

Auseinandersetzungen über „klare Vernunftgründe“ führen. In den USA wird derzeit über die Wahrheit und „alternative Fakten“ diskutiert. Natürlich ist Wahrheit eines der Basiselemente des Regierens.

Der frühere Außenminister Henry Kissinger hat betont, wie wichtig Vertrauen ist, um die bestehende Weltordnung aufrechtzuerhalten. Er sagte, dass „wie die Menschen die Fairness einer Weltordnung wahrnehmen, hängt ebenso vom Zustand der eigenen Institutionen wie von taktischen außenpolitischen Interessen ab. Daher bildet das Zusammenspiel der eigenen Institutionen ein Rückgrat des Friedens.“ Im Anschluss an die US-Wahlen äußerte Henry Kissinger, das Ergebnis des „Electoral College“ ermögliche dem neuen US-Präsidenten, die Inkohärenz zwischen Innen- und Außenpolitik in Einklang zu bringen.

Für Deutschland und Europa stellt die neue US-Regierung eine Gefahr für das Auseinanderbrechen der transatlantischen Beziehungen dar, bietet gleichzeitig jedoch auch eine Chance. Denk an Hölderlin: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Oder wie Thomas Jefferson sagte: „In Angelegenheiten des Stils schwimme mit dem Strom; in Angelegenheiten von Prinzipien steh wie ein Fels.“

Wir müssen uns vom Idealismus inspirieren lassen, um die realistischen Möglichkeiten, die durch die Wahl Donald Trumps aufgekommen sind, zu ergreifen. So können wir für die Stärkung Europas, die erneute Bestätigung der Sicherheitsgarantie der NATO und stabile multilaterale internationale Institutionen, einschließlich des freien Handels, eintreten.

Donald Trump gestaltet nun die zukünftige amerikanische Politik, wie wir in den ersten Wochen seit seinem Amtsantritt beobachten konnten. Er erließ eine Flut an präsidentialen Dekreten wie beispielsweise der Erlass zum Austritt aus dem Handelsabkommen TPP, mit dem er den pazifischen Wirtschaftsraum China überlässt, der Erlass seines Einwanderungsverbots gegen Muslime, der einen globalen Aufruhr verursachte und Lob von al-Qaida und ISIS nach sich zog oder der Erlass zum geplanten Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko. Seine Dekrete haben die Welt geschockt und die Öffentlichkeit wird Zeuge einer Inkohärenz der Politik der neuen Regierung – die von Henry Kissinger prognostizierte Chance scheint vertan.

Hinzu kommt, dass sich Europäer wie Amerikaner in weiteren Bereichen mit einer unzusammenhängenden Politik des neuen US-Präsidenten konfrontiert sehen. Seine Ablehnung der NATO-Beistandsgarantie nach Artikel 5, seine Unterstützung des Isolationismus, seine Ablehnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) und der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie des Klimaabkommens von Paris sind zutiefst verstörende Zeichen. Er missversteht die Grundsätze des Atomwaffensperrvertrags und fordert Korea und Japan auf, Atomwaffen anzuschaffen. Er unterstützt den Brexit und attackiert neben Deutschlands Führung in Europa, die Handelsüberschüsse und die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik.

Donald Trump denkt, dass Amerika sich in der Welt aufreißt, indem es sich zu viel um die Probleme anderer kümmert. Wird er das internationale Engagement der Vereinigten Staaten beenden? Im Gegensatz zu Realisten, Neokonservativen oder liberalen Internationalisten sieht er die Verbindungen zwischen Allianzen wie der Nato und der amerikanischen Sicherheit noch nicht.

Seiner Meinung nach ist für die politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung anderer Nationen ausgegebenes Geld verschwendet – eine Ansicht, die der Auffassung der vor ihm regierenden republikanischen und demokratischen Präsidenten bis hin zu Harry Truman und dem Marshallplan widerspricht.

Diese Aussagen und Absichten Donald Trumps haben das Vertrauen der Europäer in die amerikanische Führung erschüttert. Deutschland hat begonnen, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Das deutsche Weißbuch aus dem letzten Jahr hat Fortschritte gemacht und Interessen der deutschen Außenpolitik und eine „Führungsrolle“ der Bundeswehr für Auslandseinsätze definiert. Die Ausformulierung der Übernahme außen- und sicherheitspolitischer Verantwortung in Allianzen und Partnerschaften stellt einen Wendepunkt der deutschen Sicherheitspolitik dar.

In ihrer Gratulation an den neuen amerikanischen Präsidenten machte Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich, dass die derzeit stattfindende Auflösung der westlichen Weltordnung durch die US-Wahl möglicherweise beschleunigt wird. Dennoch betonte sie die enge Partnerschaft Deutschlands mit den Vereinigten Staaten durch gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde.

Die transatlantische Partnerschaft bildet den Grundstein der deutschen Außenpolitik und wird es auch in Zukunft bleiben. Deutschland, Europa und die USA haben gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Terrorismus, Klimawandel, Armut, Hunger, Krankheiten und die Intervention für Frieden und Sicherheit in Angriff genommen. Doch Europa wird in Zukunft die Initiative ergreifen müssen, um gemeinsame Ziele mit den USA erreichen zu können. Bundeskanzlerin Angela Merkel bot dem neuen US-Präsidenten eine enge Zusammenarbeit an. Ein Zeichen für die transatlantischen Beziehungen wird sein, ob der neue US-Präsident Europa als ersten Staatsbesuch in Übersee auswählt.

Europa wird stärker an der auf gemeinsamen Werten basierenden transatlantischen Partnerschaft arbeiten müssen, indem es mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernimmt, sich gegen den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien wehrt und weiter für den freien und fairen Handel eintritt.

Donald Trump sollte die etablierten Werte der transatlantischen Beziehungen ernst nehmen und in seine Außenpolitik einarbeiten. Der neue US-Präsident wird wahrscheinlich versuchen, individuelle Abmachungen mit den Führungspolitikern der Welt zu treffen und dabei Entscheidungen basierend auf Grundsätzen seines Geschäftslebens zu fällen.

Seine bisherigen politischen Aussagen und sein Lob für starke Politikerpersönlichkeiten wie den russischen Präsidenten Wladimir Putin verkomplizieren die Situation für den Westen. China hat die USA dazu aufgerufen, ihre Rolle als Schutzmacht in Asien aufzugeben und Russland lässt verlauten, dass die NATO eine Bedrohung sei. Beide Großmächte wollen die Bedeutung ihrer Nation auf Kosten der internationalen Ordnung hervorheben.

Die liberale internationale Ordnung mit ihrem praktischen Realismus wurde von den USA mit den europäischen Partnern zusammen aufgebaut. Derzeit befindet sie sich jedoch durch Flüchtlingsproblematik, territoriale Streitigkeiten im asiatisch-pazifischen Raum, Ukraine-Konflikt in Europa und ISIS und syrischen Bürgerkrieg im Mittleren Osten in einem chaotischen Zustand.

Die Umklammerung des populistischen Nationalismus auf Kosten unserer multilateralen Weltordnung wird stärker. Überraschenderweise wird der Brexit von der neuen US-Regierung unterstützt, eine erstaunliche Umkehr der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Europa nach sieben Jahrzehnten unerschütterlicher Unterstützung für die europäische Integration.

2017 ist ein Jahr der politischen Richtungsentscheidung für Europa. Wer in Europa wird die Stimmen der Benachteiligten, der Zurückgelassenen, der Demoralisierten und der Verlierer von Globalisierung, Digitalisierung und technologischem Wandel gewinnen? In Frankreich sehen die Umfragen den *Front National* bei 27 Prozent der Stimmen. In den Niederlanden hat Geert Wilders auf dem Weg zu den Wahlen im März an Popularität bei den Wählern zugelegt und AfD und CSU kämpfen in Deutschland um die Stimmen der Wähler rechts von der Mitte.

Die politischen Anführer Europas müssen das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Politik zurückgewinnen. Dabei müssen sie die Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht nur die der Eliten berücksichtigen. Dieses ist das Jahr das Europa Hoffnung schaffen muss.

Schlussendlich, rufen wir uns, wenn wir an den Ausgang der US-Wahlen und die bisherige Regierungszeit Donald Trumps denken, ein Zitat von Sir Winston Churchill ins Gedächtnis: „Man kann sich immer darauf verlassen, dass die Amerikaner das Richtige tun, nachdem sie alles andere ausprobiert haben.“ Bei der Wahl im letzten Jahr haben wir wirklich alles ausprobiert. Und nun richten wir unseren Blick nach vorne, um die transatlantischen Beziehungen zu verteidigen. Und vergessen Sie nicht: die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vielen Dank.